



Konfliktminerale: Knapp 42.000 Menschen fordern verbindliche EU-Verordnung

04. April 2016, Brüssel – VertreterInnen von Europaparlament, EU-Kommission und der niederländischen Ratspräsidentschaft treffen sich am 5. April im Rahmen des formellen Trilogs in Brüssel zu Verhandlungen über die neue EU-Konfliktminerale-Verordnung. Vor dem Treffen überreicht das Bündnis „Stop Mad Mining“ knapp 42.000 Unterschriften der Petition „Stoppt den tödlichen Handel mit Konfliktmineralien“. Darin fordern die UnterzeichnerInnen eine verbindliche EU-Verordnung, die die Unternehmen dazu verpflichtet, ihre Sorgfaltspflichten nach Vorbild von OECD-Standards zu erfüllen.

„Mit jedem Handy, jedem Computer und jedem Auto, das wir kaufen, laufen wir Gefahr, einen Konfliktherd im globalen Süden zu befeuern. Wir können nicht wissen, ob die Produkte Konfliktminerale enthalten“, erklärt Michael Reckordt von der Organisation PowerShift. „Europa benötigt dringend ein verbindliches und umfassendes Gesetz, das diesen tödlichen Handel unterbindet“, so Reckordt.

Bewaffnete Gruppierungen finanzieren sich durch den Verkauf von sogenannten Konfliktmineralien, etwa in der Demokratischen Republik Kongo (DRK), Kolumbien oder Myanmar. Gold, Tantal, Zinn und Wolfram (3TG) aus diesen Hochrisiko-Gebieten wird in Handys, Laptops und Autos verarbeitet, die jeden Tag an EU-BürgerInnen verkauft werden.

„Es ist eine Schande für Europa, dass es kein Konfliktminerale-Gesetz hat, während der tödliche Handel mit den Mineralien weiterhin weltweit Konflikte befeuert“, sagt Anna Backmann von der Christlichen Initiative Romero (CIR). Laut Backmann hat „die OECD eine Methode zur Erfüllung von Sorgfaltspflichten entwickelt, die vor kurzem auch China eingeführt hat.“ Die USA haben ein vergleichbares Gesetz für die DRK und Nachbarländer in der Sektion 1502 des Dodd-Frank Acts verankert. Die US-amerikanische NRO „Enough Project“ konnte [in ihrer neusten Studie](#) positive Effekte des Gesetzes nachweisen.

Lala Hakuma Dadci von der französischen NRO Aitec ergänzt: „Gemeinsam mit 42.000 Menschen fordern wir die Mitgliedsstaaten der EU dazu auf, der Entscheidung des Europaparlaments zu folgen, sich für eine verbindliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen einzusetzen und so die Kette zwischen Metall-Förderung und Konfliktfinanzierung zu durchbrechen.“ Laut Hakuma Dadci könnte dies „einen messbar positiven Einfluss haben auf den Handel mit Konfliktmineralien und auf die Gewalt im Zusammenhang mit Bergbau in einigen der ärmsten Länder der Welt.“

Deshalb brauche es aus Sicht des Stop Mad Mining Bündnisses eine starke, verpflichtende Verordnung, die garantiert, dass alle Unternehmen, die Erze, Metalle oder Produkte mit diesen Rohstoffen nach Europa importieren, ihre Lieferketten auf Konfliktmineralien überprüfen.

Bei der Petitionsübergabe erhält Stop Mad Mining lokale Unterstützung von dem kirchlichen Netzwerk CIDSE, das ebenfalls [eine Petition zu Konfliktmineralien](#) lanciert hat.





PRESSEMITTEILUNG



Hintergrund:

Einen großen Schritt für eine Regelung machte das Europaparlament, als es am 20. Mai 2015 mehrheitlich für eine verbindliche Verordnung stimmte, die alle Unternehmen, die 3GT Produkte – egal in welcher Form – nach Europa importieren dazu verpflichtet, diese verantwortungsvoller zu beschaffen.

Über das endgültige Gesetz wird in den derzeit andauernden Trilog-Treffen entschieden. Das sind Verhandlungen zwischen Europäischer Kommission, Europaparlament und VertreterInnen der Mitgliedsstaaten. Im Vorfeld mussten sich die Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame Position einigen. Dann gingen die drei EU-Organe in die Verhandlungen, um eine Einigung zwischen dem industriefreundlichen Entwurf der Kommission und der an den Menschenrechten orientierten Fassung des Parlaments zu erzielen.

Stop Mad Mining vertreten durch CIR und PowerShift aus Deutschland sowie AITEC aus Frankreich wird während des zweiten Trilog-Treffens am 5. April die Petition in Brüssel überreichen.

Bis Mai 2015 haben fast 300.000 Menschen die Petition von Walkfree zum Thema Konfliktminerale unterschrieben. (<https://www.walkfree.org/tackle-conflict-minerals-trade/>)

Die Europäische Union importiert 16% der weltweit gehandelten Konfliktminerale Zinn, Wolfram, Tantal und Gold (3TG), u.a. zur Herstellung von Technologieprodukten. Zusätzlich importieren Unternehmen enorme Mengen dieser Metalle verarbeitet in Laptops und Smartphones.

Weitere Informationen, alle Links, den Petitionstext sowie Bilder (voraussichtlich am 04. April ab 16 Uhr) finden sie in der digitalen Pressemappe unter

http://www.ci-romero.de/presse_konfliktminerale

Internationale Kampagnenseite: <http://stop-mad-mining.org>

Weitere Informationen zu Konfliktmineralien finden Sie unter:
<https://www.globalwitness.org/campaigns/conflict-minerals/>

PRESSE-KONTAKT:

Anna Backmann (backmann@ci-romero.de)

Peter Knobloch (knobloch@ci-romero.de)

Telefon: 0251-89503, Mobil: 0163-6337933

Christliche Initiative Romero (CIR)

Breul 23

48143 Münster

www.ci-romero.de/rohstoffe



Die Veröffentlichung dieser Pressemitteilung wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die CIR verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



PRESSEMITTEILUNG



STOP MAD MINING

Die Kampagne Stop Mad Mining, getragen von zwölf europäischen und einer salvadorianischen Organisation, setzt sich ein für verbindliche Regulierungen nach sozialen und ökologischen Standards im Rohstoffabbau und eine Verringerung des Konsums. Die Kampagne startete mit dem Europäischen Jahr für Entwicklung 2015 und wird finanziert aus dem EuropeAid Programm.

DIE CHRISTLICHE INITIATIVE ROMERO e.V.

Die Christliche Initiative Romero (CIR) setzt sich seit 1981 für Arbeits- und Menschenrechte in Ländern Mittelamerikas ein. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Unterstützung von Basisbewegungen und Organisationen in Nicaragua, El Salvador, Guatemala und Honduras sowie die Kampagnen- und Bildungsarbeit in Deutschland. Ziel ist, eine Brücke zwischen Ländern des Südens und Deutschland zu schlagen.



Die Veröffentlichung dieser Pressemitteilung wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die CIR verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.